Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 10

Artikel: Pragmatisch und radikal : zur Philosophie des Programmentwurfs
Autor: Hablützel, Peter / Strahm, Ruedi
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339898

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Peter Hablützel und Ruedi Strahm

Pragmatisch und radikal

Zur Philosophie des Programmentwurfs

Parteiprogramme sind wichtig für das Selbstverständnis einer politischen Bewegung, die die Gesellschaft verändern will, aber man darf ihren Stellenwert nicht überschätzen. Wer von der jüngeren Generation ist denn schon aufgrund des 59er Programms der SP beigetreten? Wohl nicht viele! Die meisten Beitritte des letzten Jahrzehnts sind ohne Zweifel dank der politischen Praxis dieser Partei erfolgt und der Hoffnungen wegen, die man für die Zukunft in sie setzt.
Und dennoch: Zwischen Programm und politischer Praxis dürfen nicht allzu grosse Lücken klaffen, wenn das Programm drei zentrale Funktionen weiterhin erfüllen soll.

1. Es muss *Richtschnur für die politische Praxis* sein, indem es ihr nicht nur die lägerfristigen Ziele weist, sondern — aufgrund einer Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung — die brennenden Gegenwarts- und Zukunftsfragen praxisbezogen beantworten hilft.

2. Es soll die *Identität der Bewegung* garantieren, also Antwort geben auf die Frage, wer wir sind. Und zwar nach aussen hin möglichst werbewirksam und nach innen so, dass eine breite Mehrheit der Parteimitglieder diese Antwort akzeptieren und sich selber darin wiedererkennen kann.

3. Es darf schliesslich auch *Anstoss sein für Lernprozesse* und Instrument zur Erneuerung der Partei, aber nur soweit ein Identitätswandel ohne bleibenden Schaden verkraftet werden kann.

Es liegt auf der Hand, dass das 59er Programm diesem dreifachen Anspruch nicht mehr ausreichend zu genügen vermag. Realitäten und politische Praxis haben sich in den letzten zwanzig Jahren zum Teil beträchtlich gewandelt, und die brennenden Fragen der 80er Jahre entziehen sich weitgehend dem wachstumstheoretischen Zugriff aus der Wirtschaftswunderzeit. Diese Einsicht hat sich am Parteitag 1976 als Mehrheitsmeinung zugunsten einer Totalrevision des SPS-Programms durchgesetzt.
Aber auch der Programmentwurf 1980, dieses fast lupenreine Selbstverwaltungskonzept, erscheint im Lichte der oben genannten Kriterien als unbefriedigend, weil er der Wirklichkeit und der politischen Praxis in einer bestimmten Richtung so weit vorauseilt, dass er weder dem Bewusstsein einer Mehrheit noch den Handlungs- und Realisierungsmöglichkeiten in der Gegenwart entspricht. Als brillante Vision und stringentes Theoriesystem hat dieser Entwurf zwar hier und dort fruchtbare Diskussionen ausgelöst. Die Vernehmlassungen zeigen indes deutlich, wo seine Schwächen liegen: in der Verabsolutisierung der Selbstverwaltung zum einzig möglichen Ziel und Weg sozialistischer Politik, in der mangelnden Konkretisierung und im fehlenden Transfer von Zukunftsvision in Gegenwartshandeln sowie in Aufbau und Sprache, die vielen nur schwer verständlich sind. Als Fazit der Diskussion resultiert die Erkenntnis, dass sich die Glaubwürdigkeit von Parteiprogrammen wohl weniger an ihrer theoretischen Reinheit erweist als vielmehr an der Realisierbarkeit ihrer Postulate. Und dass sich eine Volkspartei wie die SPS nicht so einfach radikal «umprogrammieren» lässt, auch nicht mit den Mitteln eines *ideologischen Putschismus,* zu dem gewisse Meinungsführer zu neigen scheinen. Aus der Programmdiskussion wird für die Gesamtpartei nur dann ein erfolgreicher Lernprozess, wenn er in verkraftbaren Schritten erfolgt und die Adressaten dort abholt, wo sie bewusstseinsmässig stehen.
Der Programmentwurf 1982 der Kommissionsmehrheit trägt dieser berechtigten Kritik an seinem Vorgänger gebührend Rechnung und erfüllt — so glauben wir — die hauptsächlichsten Forderungen aus dem Vernehmlassungsverfahren und der Parteitagsdiskussion in Interlaken.

Politische Philosphie oder Steinbruch?

Die Polemik gegen den Programmentwurf wiederholt ständig den Vorwurf, der Mehrheitstext entbehre der Analyse, sei ein «Steinbruch», ein «Supermarkt» und biete als Selbstbedienungsladen jedem Sozialdemokraten, was er sich wünsche.
Dem Programmentwurf liegt sehr wohl eine Philosophie zugrunde; und diese kommt auch zum Vorschein. Die ersten Abschnitte (1), (4) und (6) sind eine Analyse der Gesellschaft. Aber nicht einfach eine Wiederholung der Schablone abstrakter marxistischer Klassenanalyse; vielmehr geht sie von den Betroffenheiten aus. Sie beschreibt die Situationen, wie die Menschen heute die Krise der Existenz, die Wachstumskrise, die Staatskrise und die internationale Krise erleben und erfahren. Die eindrückliche Schilde-

rung des Kapitalismus beim jungen Marx, wie sich die kapitalistische Produktionsweise nach und nach alle Lebensbereiche unterwirft, wie die Bourgeoise «sich eine Welt nach ihrem Bilde schafft» (Manifest der kommunistischen Partei) findet sich in der Programmanalyse wieder. Im Abschnitt (1) heisst es: «Das ökonomische Prinzip, die Wirtschaft also, drängt ständig in neue Bereiche des Lebens und Zusammenlebens ein. Alles wird zum Geschäft gemacht, selbst die zwischenmenschlichen Beziehungen...». Das Programm übernimmt, dass sei zugegeben, nicht einfach den Jargon der marxistischen Klassiker. Einige Genossen haben Angst, ihren Marx zu verlieren, wenn sie dessen hundertjährige Rhetorik nicht wiedererkennen. Aber das ist ihr Problem.

Der Programmentwurf hat sehr wohl einen historisch-analytischen Fundus. Es ist, grob gesprochen, die Programmatik des Ökosozialismus. Der Entwurf beinhaltet klar und unmissverständlich die Überwindung des Kapitalismus, den Bruch der Vorherrschaft der Ökonomischen über den Menschen, wobei im Gegensatz zum Vorentwurf von 1980 auch klarer gesagt wird, was man unter Kapitalismus versteht:

Einerseits private Verfügungsgewalt über das Kapital und andererseits kapitalistische Akkumulation mit ihrem eigengesetzlichen Zwangscharakter des Wachstums. Damit wird auch die Strategie der Überwindung des Kapitalismus natürlich mehrdimensional: Nur Bruch der Privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel allein (durch Selbstverwaltung oder wie auch immer) löst noch nicht die Frage der Entfremdung im Betrieb. Es braucht beides; es braucht mehrdimensionale Ansätze der Analyse, der Zielsetzungen und der Strategie. Ein geschlossenes, reines Denkschema genügt nicht mehr.

Das Programm des Ökosozialismus ist per definitionem eklektisch, d.h. aus verschiedenen Denkrichtungen zusammengesetzt. Es kann gar nichts anderes sein als ein Baukasten. Puristen der einen oder anderen Glaubensrichtung müssen es allemal als «Steinbruch» empfinden. Schmerzlich, den eigenen Denkkäfig erweitert und ausgebaut erfahren zu müssen...!

Den gleichen Vorwurf, nicht mehr reine Sozialisten (im Sinne des Marx'schen «Kapitals», sondern Eklektiker zu sein, müssen sich schliesslich auch die Vordenker des Ökosozialismus, ein Rudolf Bahro, ein Johano Strasser, ein André Gorz gefallenlassen.

Es kommt hinzu, dass die politische Mobilisierung heute längst nicht dem Klassenschema entlang verläuft. Neben einer immer noch klassenbewussten Wählerbasis haben wir in unserer Partei, wie überhaupt in der linken Bewegung, Leute, die an einem bestimmten Einzelthema sensibilisiert worden sind: an der Frauenfrage, am Elend der Dritten Welt, an der Zerstörung der Naturumwelt, an der AKW-Frage. Die Soziologen Kriesi, Levy, Ganguillet und Zwicky haben in ihrer Nationalfonds-Studie über «Die politische Aktivierung in der Schweiz» festgestellt, dass sich Bürgerbewegungen fast nur noch themenorientiert formieren. Jede Bewegung hat *ihren* Stein im «Steinbruch», und meist nur den ihren. Wie könnte das Programm einer Sozialdemokratischen Partei, die sich das Ziel gibt, sich diesen Bewegungen zu öffnen, einen einzigen unbeweglichen Felsklotz darstellen, statt mehrere, viele Bausteine, die sich schlecht und recht zusammenfügen. Wer heute in der linken Partei den Monolithismus predigt und den analytischen «Steinbruch» verdammt, verurteilt sich selber zum marginalen Puristen.

Der Programmentwurf akzeptiert den Linkspluralismus innerhalb der SP: «Die Partei als einheitlicher Block mit festen, weltanschaulichen und organisatorischen Grenzen gibt es nicht mehr...». Der Entwurf gibt aber auch Lösungen für die Folgeprobleme aus dieser Segmentierung der Partei: es wird nämlich Aufgabe der Partei werden, interne Kommunikation herzustellen, damit die verschiedenen Anhängerblöcke sich verstehen. Und es ist ihre Aufgabe, intern Allianzen zu bilden für eine gemeinsame Stosskraft in wichtigen Grundfragen (Abschnitt 18).

Wie leistungsfähig ist der Programmentwurf?

Welche Lösungen zeigt der Programmentwurf 1982 auf, um mit dem zukünftigen Wirtschaftswachstums, der technologischen Entwicklung und dem Produktivitätsfortschritt umzugehen? Was ist die Perspektive für die nächsten zwei Jahrzehnte in der Wirtschaftspolitik und in der Strategie der SP?

Die technologische Entwicklung ist mit Rahmenbedingungen und sektorieller Investitionslenkung (z.B. Lenkungsabgaben bei der Energie, beim Verkehr) aber auch mit Geboten, Verboten und Grenzwerten beim Umweltschutz in den Griff zu nehmen (Abschnitt (20)). Die Produktivitätssteigerungen sollen vermehrt durch Arbeitszeitverkürzungen, und nicht duch Mehrkonsum, an die Lohnabhängigen weitergegeben werden. Arbeitszeitpolitik ist das wichtigste wirtschaftspolitische Instrument, um die Absplitterung von immer mehr arbeitslosen Bevölkerungsgruppen zu verhindern. In dieser Flexibilisierung der Arbeitszeit im Recht auf Teilzei-

tarbeit, in der Arbeitszeitsouveränität, liegt eine Chance, dass sich die Menschen ausserhalb der entfremdenden, computerisierten Arbeitsprozesse mehr entfalten können. Es geht darum, das zukünftige Wachstum zu domestizieren, in den Dienst von Menschen und Naturumwelt zu stellen. Abschnitt (19)).
Auch zum Stichwort Selbstverwaltung braucht es einmal eine Klärung. Für eine sozialistische Schweiz auf Selbstverwaltungsbasis: Ja! *Der Programmentwurf ist aber ehrlich genug auch zuzugeben, wo Selbstverwaltung nicht möglich ist:* dort wo ein übergeordneter Rahmen die Gesamtlenkung im Interesse aller erfordert, z.B. bei der Energie, beim Verkehr, bei der Ressourcenbewirtschaftung, im Sozialausgleich. Rahmenplanung einfach als Bestandteil der Selbstverwaltung auszugeben, ist Etikettenschwindel. Der ursprüngliche Entwurf der Fünfer-Gruppe und der jetzige Minderheitstext sind hier begrifflich unklar und innhaltlich diffus. Der Programmentwurf jedoch ist vielleicht sogar wirksamer für die schrittweise Realisierung von Selbstverwaltung: Wenn man zugibt, wo Selbstverwaltung nicht möglich ist, wird diese Forderung umso stosskräftiger dort, wo sie auch wirklich realiserbar ist.

Die Frage der Umsetzung

Der Minderheitstext will «eine sozialistische Schweiz». Damit sind alle Sozialdemokraten einverstanden; aber was sie zur Resignation bringt, sind der mangelnde Glaube und die fehlende Vorstellung, wie diese Vision umgesetzt werden kann.
Oft verzweifeln wir daran, wie wenig sich das Gedankengut der Partei im täglichen Handeln unserer Mandatsträger ausdrückt. Eine breite Mitgliedschaft hat Mühe, ihre politischen Ziele, ihre Identität, im Handeln der SP-Politiker wiederzuerkennen. Deswegen ist die Strategie der Umsetzung so bedeutend. Die Schwäche des Minderheitstexts zeigt sich in der Frage des Transfers, eben dieser Umsetzung der Vision in die aktuelle Politik. Der Programmentwurf ist deshalb leistungsfähiger, weil er, ansatzweise wenigstens, die Zukunftsvision in Gegenwartsstudien umsetzt.
Die schrittweise Überführung der Produktionsmittel in die gesellschaftliche Verfügungsgewalt ist mit dem Kapitalbeteiligungsmodell für Arbeitnehmer konkretisiert worden: Würden während 25 Jahren jährlich 4% des Firmenkapitals aus dem Cash-flow in einen Mitarbeiter-Beteiligungsfonds einbezahlt, der natürlich das Geld nicht aus dem Unternehmen abzieht, sondern als Kapital mit entsprechenden Verfügungsrechten in der Firma belässt, könnten schematisch innert 25 Jahren die Arbeitnehmer hälftig über das Eigenkapital ihrer Firma verfügen. Die politisch unüberwindbare Enteignungsfrage wird so zu einer Übergangsstrategie konkretisiert, die zum gleichen Ziele führen muss (Abschnitt (21)). Auch die Lösungen zur Domestizierung des Wachstum, die schrittweise Weitergabe des Produktivitätsfortschritts in Form kürzerer Arbeitszeit, sind solche konkretisierenden Übergangsstrategien. Sie sind ein Stück Reformismus, aber sie sind auch so noch radikal genug. Und selbst bei dieser «reformistischen» Strategie braucht es ungeheure Anstrengungen, um diese Programmatik in das kohärente Handeln der Partei und ihrer Gremien umzusetzen.
In der Einschätzung des Staates und seiner Funktion unterscheiden sich Mehrheit und Minderheit der Kommission wohl am deutlichsten. Sicher kann man auch unseren Staat als Herrschaftsinstrument des Kapitals entlarven, doch greift diese Analyse eindeutig zu kurz. Der Staat ist nicht nur Garant der Eigentumsrechte des «bourgeois», sondern auch der Freiheitsbereich des «citoyen», und es liegt nicht zuletzt an uns und unserer Überzeugungskraft, wo hier der Schwerpunkt gesetzt wird. Als Sozialdemokraten haben wir uns für den demokratischen Weg entschieden; wir suchen Mehrheiten für die politische Veränderung und für die Weiterentwicklung der Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu brauchen wir aber diesen Staat, denn wer soll sonst die Rahmenpläne erstellen und die Neutralisierung des Kapitals durchsetzen?
Allerdings geht der Glaube an die staatliche Machbarkeit des Sozialismus im Programmentwurf nicht mehr so weit wie in früheren Programmen. Die Verstaatlichung stellt für uns kein Allerweltsheilmittel dar, und der staatliche Machtapparat soll in der dezentralisierten Selbstverwaltung seine Beschränkung finden. Wir sind uns zwar einig, dass die Arbeit in Parlamenten und Regierungen und der Kampf um Wahlen allein nie zum Sozialismus führen können, wenn nicht gleichzeitig die ganze Gesellschaft und das Bewusstsein der Massen verändert werden. Doch diese beiden Kampfformen schliessen sich nicht aus; sie bedingen einander, denn der Einsatz in den staatlichen Gremien einer direkten Demokratie ist immer noch die Visitenkarte für die Glaubwürdigkeit einer Partei, deren Gewicht aber immer nur so gross sein wird, wie sie die Kräfte an der gesellschaftlichen Basis zu mobilisieren vermag. In diesem Sinne sind sowohl die Öffnung der Partei in Richtung Bürgerinitiativen als auch die Grundsätze über das Verhältnis zwischen Partei und Mandatsträgern zu verstehen

(Abschnitt (14) bis (17) des Programmentwurfs).
Wir haben bisher mit der Diskussion der beiden Programmtexte folgende Erfahrung gemacht: Der Minderheitstext ist auf den ersten Blick anspornend und begeisternd. Er animiert durch seine Rhetorik und seine Visionen zugleich. Aber auf den zweiten Blick verbleicht er wie eine schwungvolle Sonntagspredigt: *Die Umsetzungsschwierigkeiten ins tägliche Leben, in die aktuelle und nicht sehr ermutigende politische Praxis , macht letztlich resignativ und schläfrig.*
Gerade umgekehrt ergeht es beim Mehrheitstext: *Je stärker man die Philosophie des pragmatisch-radikalen Ökosozialismus auf den Grund geht, desto mehr liefert er auch Konturen dafür, wie man hier und jetzt an die Zukunftsprobleme herangehen kann.*

Auch andere sind an der Programmarbeit

Zum Beispiel: SPD Schleswig-Holstein

Nicht nur in der SPS, auch in anderen sozialdemokratischen Parteien werden programmatische Diskussionen geführt. Zum Beispiel auch im SPD Landesverband Schleswig-Holstein. Aus dem 1. Diskussionsentwurf dieser Partei druckt die Rote Revue die Kapitel «Ziele und Grundwerte» sowie das Schlusskapitel «Unser Weg» ab.

Ziele und Grundwerte

1. «So wie bisher kann es nicht weitergehen!» Das ist eine Meinung, die sich immer mehr verbreitet. Wie soll es aber weitergehen? Viele haben Angst vor der Zukunft. Droht ein alles vernichtender Atomkrieg? Bricht die Weltwirtschaft, von der wir so abhängig sind, zusammen? Sind unsere Arbeitsplätze noch mehr gefährdet? Werden sich die Umweltbedingungen weiter verschlechtern? Werden noch mehr Rücksichtslosigkeit, noch mehr Kälte, noch mehr Isolierung, noch mehr Sprachlosigkeit das Zusammenleben der Menschen belasten?
Die politische Rechte verspricht, das Heil im Gestern und Vorgestern zu finden. Doch mit den Rezepten der Vergangenheit sind die vor uns liegenden Probleme nicht zu meistern.
Wir Sozialdemokraten haben keine Patentlösungen. Aber wir weichen vor den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft nicht zurück. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass es uns Menschen möglich ist, unser Zusammenleben friedlicher, freier, gerechter, menschlicher zu organisieren. Wir wollen mit den Bürgern zusammen die Wege finden, die zu einer humanen Gesellschaft führen.
Wir richten unsere Vorschläge für eine gemeinsame Politik an unseren Zielen und Grundsätzen aus. Von ihnen sind uns besonders wichtig:
Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie, Arbeit und Erhaltung der natürlichen Umwelt.
Sie bestimmen die politische Arbeit der Sozialdemokraten auch in Schleswig-Holstein. Sie sind der Massstab, mit dem die Bürger unseres Landes die sozialdemokratische Politik beurteilen sollen.

2. *Frieden* ist das Fundament jeder menschenwürdigen Gesellschaft. Eine Welt in Frieden setzt das Selbstbestimmungsrecht aller Völker voraus.
Eine Welt in Frieden erfordert eine gerechte Verteilung der Reichtümer unserer Erde.
Eine Welt in Frieden braucht politische Entspannung, militärische Abrüstung und internationale Zusammenarbeit.
3. *Freiheit* bedeutet die freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen.
Eine freie Gesellschaft muss jede Bevormundung des Menschen durch den Staat, durch die Massenmedien oder durch unkontrollierte wirtschaftliche Macht abwehren.
Eine freie Gesellschaft muss die Einengung der politischen Entscheidungsfreiheit durch sogenannte «Sachzwänge» verhindern, indem sie die technische Entwicklung, insbesondere die Grosstechnik, demokratischer Entscheidung unterwirft.
Eine freie Gesellschaft setzt die Verteidigung aller staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten voraus, die in der Vergangenheit gegen zäh verteidigte Privilegien errungen worden sind.
Eine freie Gesellschaft muss die Fremdbestimmung des Menschen durch eine hemmungslose Kommerzialisierung aller Lebensbereiche abwehren.
4. *Gerechtigkeit* bedeutet die Verwirklichung gleicher Freiheit, aber auch gleicher Rechte und gleichwertiger Lebenschancen für alle Bürger.